

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe november 2005



Herausgeber, V.i.S.d.P.

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Strasse 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno Blissenbach, Jan Valentin Deichsel, Violetta Hartmann, Gaby Heise, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Katja v. Maur, Peter Pawlowski, Martina Rozok, Christoph Santl, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey, Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Charles B. Blankart, Natja Denk, Franziska Löke, Antje Pieper, J. Jordan v. Reitzenstein, Volker Thiel

Leserbriefe

Bernd Brunner, Wolf-Dieter Hasenclever, Gisela Kleemann, Peter Lundkowski, Christian Schulz

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung nur ihres Autors wieder

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe november 2005
www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

ein heißes Thema unter Berliner Liberalen ist weiterhin die Frage, ob der Landesverband seine Wahlvorschläge für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006 mit Bezirkslisten oder mit einer Landesliste unterbreiten soll. Unser BV Mitte hat sich klar für die basisnahen Bezirkslisten ausgesprochen und kann die Debatte mit gelassenem Vergnügen verfolgen. Käme es wider Erwarten wirklich zu einer Landesliste, so müsste wohl mancher überrascht feststellen, dass man jeden Listenplatz nur einmal vergeben kann. Das Thema Bezirks- versus Landesliste werden Sie an verschiedener Stelle in diesem Heft angesprochen finden.

Ein anderes Thema in der innerparteilichen Diskussion sind die beachtlichen Bewegungen in der Mitgliedschaft. Um 800 auf 3300 ist die Zahl der Berliner Parteifreundinnen und Parteifreunde seit Jahresbeginn gewachsen, und so erfreulich das ist, kann man sich doch – auch mit Blick auf zahlreiche Verbandswechsel – nicht ganz des Eindrucks erwehren, dass dies auch im Zusammenhang der Listenaufstellung zur Abgeordnetenhauswahl 06 zu sehen ist. Wir in Mitte können von Herzen die kluge Mahnung des Landesvorsitzenden Markus Löning unterstreichen, ein jeder Funktionsträger möge sich seiner Verantwortung für die Partei der Freiheit bewusst sein, auch über den Tag hinaus.

Den zahlreichen Parteifreundinnen und Parteifreunden, welche derzeit die diesjährige Grippewelle niederstreckt, sei auch von dieser Stelle gute Besserung und schnelle Genesung gewünscht.

Wichtige Weichen für Erfolge in 2006 werden schon jetzt gestellt. Mit freiheitlicher Leidenschaft, kühlem Kopf und liberalem Kompass sollte uns das gelingen.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Der Liberalismus weiß, dass der Mensch nicht im Besitz letzter Wahrheiten ist.

Er glaubt ihn nur auf der Suche danach.

Er weiß, dass der Weg der Erkenntnis mit Irrtümern gepflastert ist und die Wahrheit von heute den Irrtum von morgen umschließt.

Karl-Hermann Flach

Lagebericht des Vorsitzenden

Die Große Koalition: Rot-Grün zum Quadrat

von *Henner Schmidt*

Die Bundesregierung der Großen Koalition steht noch immer nicht. Die Rückzüge der Herren Müntefering und Stoiber werden die Regierungsbildung sicherlich nicht erleichtern. Der derzeitige Stand des „Regierungsprogramms“ macht einen verheerenden Eindruck: Es werden nicht nur die Fehler von Rot-Grün nahtlos fortgesetzt, sondern vieles noch verschlimmert: Die Steuersubventionen für Pendler und Nachtarbeiter bestehen weiter, die teure und ziellose Förderung erneuerbarer Energien wird fortgesetzt (Maren Jasper hat im letzten LC klar erläutert, was die FDP statt dessen empfiehlt), die Agrarsubventionen bleiben unangetastet, die Mehrwertsteuer wird deutlich erhöht und gleichzeitig auch noch die Belastung durch Sozialabgaben verstärkt.



Man sieht: Ohne die FDP kommt die CDU nicht zu konstruktiven Reformen und dringend nötigen Korrekturen. Auch deshalb bleibt die „Jamaika“-Option aktuell.

Berliner Wahlen 2006 – es geht schon los!

Die Murkserei der Großen Koalition auf Bundesebene erzeugt Rückenwind für die FDP in Berlin. Das wird sich bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 sicher bemerkbar machen. Wir sollten aber nicht nur auf die allgemeine Stimmung bauen: Wahlerfolg beruht vor allem auch auf kontinuierlichem kommunalem Engagement für die Bürger. Auch dies ist ein Grund, warum unser Bezirksverband Mitte sich für Bezirkslisten der liberalen Kandidaten zur Abgeordnetenhauswahl ausspricht.

Auf Bezirksebene sind der Einsatz der FDP-BVV-Fraktion für die Schulstation an der Gotzkowsky-Schule und die erneute Rettung der Strandbar im Monbijoupark gute Erfolge, durch die die FDP als kompetent, engagiert und sympathisch wahrgenommen wird.

Wir können dabei weitere interessierte Mitglieder, die sich in die kommunale Arbeit einbringen, immer brauchen – in der Partei, in lokalen Initiativen und auch als künftige Bezirksverordnete. Wer an Stadtplanung und Schulen, an Kindergärten, Grünanlagen und Quartiersmanagement Interesse hat, sollte die Einladung der

BVV-Fraktion annehmen, an den Fraktionssitzungen vor dem BVV-Plenum teilzunehmen.

Die **FDP-Fraktion in der BVV Mitte** hat ihr Fraktionsbüro in Raum 230 im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10179 Berlin
Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363
Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

„Hesse-Gutachten“ zur Zentralisierung/Dezentralisierung: Ein Gutachter alleine macht noch keine FDP-Position

Die Reform der Berliner Verwaltung ist ein wichtiges Wahlkampfthema. Die komplizierten Verwaltungsstrukturen, unklaren Zuständigkeiten und Überausstattungen mit Personal müssen grundlegend bereinigt werden.

Die Abgeordnetenhausfraktion hat zur Klärung der Fragen des Verhältnisses von Hauptverwaltung und Bezirken einen bekannten Gutachter beauftragt, der kürzlich seine Ergebnisse präsentiert hat. Sie werden die Überschriften gelesen haben: „FDP will Bezirksämter abschaffen“ oder „FDP hält Bezirke für entbehrlich“. Allerdings haben weder die Abgeordnetenhausfraktion noch die Partei dazu bisher eine abschließende Meinung erarbeitet. Deshalb habe ich zusammen mit vielen anderen BVV-Fraktionsvorsitzenden in der Presse deutlich gemacht: Die Position der FDP ist noch nicht geklärt.

Es bleibt Aufgabe der Partei und ihrer demokratisch gewählten Gremien, Positionen festzulegen. Es wäre sicher gut, wenn auch der Landesvorstand das deutlich macht – der Bürger muss wissen, was die Meinung eines Gutachters und was die Meinung der FDP ist, gerade wenn das Thema heftige emotionale Reaktionen hervorruft. Auch die Abgeordnetenhausfraktion ist nun gefordert, ihre Position deutlich zu machen und sich nicht auf den Verweis auf ein Gutachten zu beschränken.

Der Bezirksverband Mitte wird Anfang Dezember eine Veranstaltung zum Thema durchführen, durch die Sie sich eine Meinung bilden können. Das Gutachten können Sie auf der Internet-Seite der FDP-Abgeordnetenhausfraktion finden:

www.fdpfraktionberlin.de/pdf/Berlin-Gutachten_lang.pdf

Ich hoffe, dass Sie weiterhin gut motiviert sind, sich für liberale Ziele zu engagieren und wünsche uns allen dabei viel Erfolg.

Henner Schmidt (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Kommentar aus Mitte

Ohnmacht gegenüber der Bürokratie?

von *Franziska Löke*

Wie viele Sonntagsreden werden zum Thema Bürokratie und deren Abbau noch gehalten, bei denen sich bereits fast jeder Bürger gelangweilt zurücklehnt, wohl ahnend, dass wieder einmal keine deutliche Änderung passieren wird? Durch die gebetsmühlenartig wiederholten Versprechungen werden die politischen Worthüllen ohnehin immer mehr zu heißer Luft als zum scharfen Schwert.

Warum also gibt es kein sichtbares Vorankommen im Ringen um bessere, wettbewerbsfähige Standortbedingungen durch gute, weil unbürokratische Regulierung bzw. Deregulierung? Liegt der Grund in unserer fortgeschrittenen Industriegesellschaft, die zwar über bürokratische Belastungen jammert, aber ebenso nach Lückenlosigkeit des geschriebenen Rechts verlangt und Perfektion in Einzelfallgerechtigkeit mittels unübersehbar werdender Verwaltungsvorschriften sucht?

Möglicher Weise liegt der Grund in der Ministerialverwaltung selbst, auf Landes- wie auch auf Bundesebene. Schließlich wird diese – durchaus gebräuchlich – Ministerialbürokratie genannt. Langwierige Abstimmungsprozesse führen hier oftmals dazu, dass im Ergebnis das eigentliche Regelungsziel wirtschaftlich betrachtet konterkariert wird. Bereits Reichskanzler Otto von Bismarck äußerte: „Beim Würstmachen und beim Gesetzmachen darf man nicht zuschauen, weil es einem sonst schlecht wird.“

Dies mögen Einzelaspekte der Ursachenforschung sein, dennoch sind sie nicht Kernproblem der stagnierenden Bürokratieabbau-Initiativen auf Bundes- wie auf Landesebene. Zwar besteht – je nach Partei mehr oder leider minder ausgeprägt – Einsicht in das Ziel eines schlanken und effizient, gezielt handelnden Staates, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und regulierendes Handeln als zukunftsweisendes Schaffen von Leitplanken mit geringfügigsten Eingriffen in die Freiheit der Unternehmer und Bürger versteht. Jedoch kommen die Initiativen meist

nicht hinaus über das Außerkraftsetzen von 300 Vorschriften, von denen die meisten ohnehin bereits seit Jahrzehnten nicht mehr angewandt werden, und über die Schaffung nicht wirklich innovativer Innovationsregionen: Vereinzelt Stückwerk, das nach großen Auftaktworten nur mit halber Kraft geliefert wird.



Die intrinsische Ursache für das zögerliche Wirken der Bürokratieabbau-Maschinerie liegt nicht am Ablauf von Legislaturperioden, sondern daran, dass Maßnahmen, die ans „Eingemachte“ gehen, von widerstreitenden (Partikular-)Interessen im Machtgerangel verschiedener Ressorts zum Scheitern verurteilt sind. Dies gilt um so mehr, als der Bürokratieabbau im besonderen Ausmaß eine Querschnittsmaterie bildet und daher ausgesprochen viele Kompetenzen tangiert, und es führt dazu, dass in

sich kohärente Maßnahmenbündel regelrecht „zerhackstückt“ werden.

Bürokratieabbau braucht daher, wie auch die Mittelstandspolitik insgesamt, ein mit Kompetenzen ausgestattetes Gesicht als Zugpferd. Nur mit einer solchen Treiberfunktion kann ein langfristiges ordnungspolitisches Konzept erarbeitet und ausgeführt werden. Kompetenzen hierfür müssen auch frühzeitig in Koalitionsverhandlungen gesichert werden.

Es sei dahin gestellt, ob dies in der Schaffung eines in der Staatskanzlei verankerten Ombudsmanns (Baden-Württemberg), eines Sonderausschusses (Brandenburg) oder in einer per se starken Staatskanzlei (Bayern) bzw. einer starken, beispielsweise den Lissabon-Prozess aufgreifenden Stelle im Bundeskanzleramt geschehen sollte. Jedenfalls kann nur aus einer solchen Ausgangsposition heraus eine dem Bürokratieabbau gerecht werdende Governance-Struktur geschaffen werden. Diese muss eine aussagekräftige und wirksam institutionalisierte Gesetzesfolgen-Abschätzung, eine ein Benchmarking ermöglichende Bürokratiekosten-Messung sowie ein Regierungs-Controlling, verbunden mit Aufgabenkritik, umfassen.

Andernfalls drehen wir uns noch lange im Regulierungskarussell.

Franziska Löke (OV Friedrichstadt)

Gastkommentar

We Owe it to Ourselves

von *Charles B. Blankart*



Die deutsche Staatsschuld von Bund, Ländern und Gemeinden beträgt derzeit etwa 1,5 Billionen Euro. Das sind gut **2/3** des Sozialprodukts, bald werden es 100 Prozent sein. Ein Ende ist nicht abzusehen. Wohin führt das?

Vor 60 Jahren stellte der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Abba P. Lerner die These auf, dass Staatsschulden keine wirkliche Last darstellen. Zwar müssten Staatsschulden verzinst werden. Doch dies sei nur ein Durchlaufposten: Die einen entrichteten die Steuern, welche andere – womöglich den gleichen Personen – als Zinszahlungen erstattet erhielten. Die Bürger leisteten Zahlungen an sich selbst. „We Owe it to Ourselves“, sagte Lerner. Wir sollten uns also nicht so sehr um diese Staatsschulden kümmern.

Was für eine frohe Botschaft für unsere Politiker! Sie befinden sich in guter Gesellschaft. Schon Väterchen Stalin soll gesagt haben: Lasst uns doch Schulden und Forderungen gegeneinander aufrechnen und die Last der Staatsschulden beseitigen! Stalin folgt dem Geist des Staatsphilosophen Thomas Hobbes, der es erforderlich hielt, dass sich die Bürger dem Leviathan-Staat bedingungslos unterwerfen, damit Anarchie und der Kampf jedes gegen jeden überwunden werden.

Offenbar gibt es eine Verbindung zwischen Hobbes, Lerner und Stalin: den totalitären Staat. Die Individuen bilden Teil eines großen Konzerns, in dessen konsolidierter Bilanz die internen Schuldverhältnisse nicht mehr auftauchen.

Nur Schuldverhältnisse gegen außen sind noch relevant, und so meinte auch Lerner: Eine Last für die Gesellschaft stellten nur die Auslandverbindlichkeiten, nicht die inländischen Schulden des Staates dar. Diese Vorstellung geistert noch heute in den Köpfen mancher Politiker herum. Sie denken offenbar, echte Vertragspartner seien nur die Ausländer. Die eigenen Bürger seien Kontrahenten minderer Kategorie, die notfalls auch mit Zwang zur Zahlung bewegt werden können. Die Leichtfertigkeit gegenüber Staatsschulden zeigt, wie nahe wir uns schon beim totalitären Staat befinden.

Der freiheitliche Staat unterscheidet sich gerade in diesem Punkt ganz wesentlich von seinem totalitären Artgenossen. Der Bürger hat mit ihm einen Vertrag über begrenzte Rechte und Pflichten, Leistungen und Steuerzahlungen, geschlossen. Der Staat ist nur einer unter vielen Vertragspartnern des Bürgers. Er fügt sich in eine Gesellschaft ein, die als ein Geflecht von bilateralen Verträgen verstanden wird. Vertragspartner haften untereinander nur soweit, als sie dies vereinbart haben. Das gilt auch gegenüber dem Staat. Mehr als das Vereinbarte kann er nicht verlangen.

Folglich kann der Staat unter einer freiheitlichen Verfassung auch zahlungsunfähig werden. Der Gesetzgeber sollte für diesen Fall ein Insolvenzverfahren vorsehen, in dem die Gläubiger teilweise abgefunden werden und in dessen Gefolge der Staat dann restrukturiert und wieder auf die Beine gestellt wird. Leider hat sich der deutsche Gesetzgeber einem solchen Verfahren für Gebietskörperschaften bislang verschlossen.

Daraus wird oft der Schluss gezogen, Staaten könnten nicht Pleite gehen. In der Tat scheinen auch die Kreditmärkte von dieser Hypothese auszugehen. Die meisten EU-Staaten, so auch Deutschland, werden von ihnen mit einem AAA eingeschätzt, obwohl deren finanzielle Situation ganz unterschiedlich ist. Man kann sich fragen, warum? Haben die Marktteilnehmer Grund anzunehmen, dass die Behörden die Bürger doch zu unbeschränkter Nachschusspflicht heranziehen können? Wenn ja, so wäre das ein bedenkliches Bild.

Die Gesellschaft wäre dann schon nahe am totalitären Konzern, in dessen Innerem alle Schulden gegeneinander saldiert werden. Väterchen Stalin lässt grüßen.

Professor Charles B. Blankart ist an der Humboldt-Universität zu Berlin Professor für Wirtschaftspolitik

Zum Thema

Verwaltungsreform – wie ?

von *Katja von Maur*

Die Reform der Berliner Verwaltung ist angesichts verkrusteter Strukturen, eines intransparenten Entscheidungsbezugswirrwars, der desolaten Haushaltslage und wirtschaftlicher Stagnation, die mit dem Abbau weiterer produktiver Arbeitsplätze einhergeht, unumgänglich. Die Frage ist allerdings, wie? Was ist das eigentliche Ziel und auf welchem Weg wird es erreicht? Bürokratieabbau, Verschlanung der Strukturen, klare Kompetenzzuweisungen, Verlässlichkeit und Akzeptanz von Entscheidungen sind die Leitgedanken, die von allen Seiten – Politikern, Wirtschaft, Verbänden und Medien – immer wieder geäußert werden.

Aus liberaler Sicht muss der liberale Grundsatz, „der Staat ist für die Bürger da und nicht umgekehrt“, der sich auch im Bundestagswahlprogramm wieder findet, Dreh- und Angelpunkt einer Verwaltungsreformdebatte für Berlin sein. Gleichzeitig kann eine Reform nur gelingen, wenn sie umsetzbar ist.

Das Gutachten von Prof. Hesse ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg dahin. Die hervorragende Darstellung der momentanen Situation („Status Quo“) und die Auslotung der dringend benötigten Einsparpotentiale sind wesentliche Faktoren. Die Lösungsmodelle, insbesondere das vom Gutachter favorisierte und heiß diskutierte Modell einer Zentralisierung bedürfen hingegen einer näheren Untersuchung ihrer Tauglichkeit. Die Frage, welche Voraussetzung eine realisierbare Verwaltungsreform für Berlin erfüllen muss, die sich an liberalen Grundsätzen orientiert, untersucht gerade die „Arbeitsgemeinschaft Öffentliche Verwaltung im 21. Jahrhundert“, kurz AGÖV, unter der Leitung von Roland Zielke. - *Die AGÖV ist eine fachübergreifende Unterarbeitsgruppe des Fachausschusses Wirtschaft, Finanzen und Arbeit (FA03).*- Maßgebend sind nach bisheriger Einschätzung, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, Bürgernähe und (Kosten-) Effizienz in der genannten Reihenfolge. Was diese Kriterien im Einzelnen beinhalten und wie die im Gutachten aufgezeigten Modelle daraufhin zu bewerten sind, sind die anspruchsvollen Aufgaben, die die AGÖV sich für die kommenden Sitzungen vorgenommen hat.

Katja von Maur (OV Tiergarten) ist Schatzmeisterin des BV Mitte



Zum Thema

Gedanken zum „Berliner Zeitungsverkauf“

von *Antje Karin Pieper*

Der Verkauf des Berliner Verlages durch Holtzbrinck („Tagesspiegel“) an die anglo-amerikanische MECOM-Group mit ihrem knallharten Chef David Montgomery stieß jüngst auf den erbitterten Widerstand der gesamten „Berliner Zeitung“:

Der Kaufpreis von mutmaßlich über 150 Millionen Euro ist sehr hoch, die Strategie der Investoren aber kaum zu erkennen. Die Bildung von Zeitungsverlags-Ketten soll den Gewinn von 9 Millionen auf 20 Millionen Euro im Jahr bei dem Berliner Verlag steigern. Gelingt dies nicht, so ist ein redaktioneller Kahlschlag und damit Qualitätsminderung bei der Berliner Zeitung zu befürchten.

Insoweit ist der massive Protest der betroffenen Redaktion nur zu gut zu verstehen.

Denn: Wo bleibt die Verlegerkultur, wo bleibt die Pressefreiheit?

Und: Ist Medieninvestment zur Gewinnmaximierung mit redaktioneller Qualitätsarbeit zu vereinen?

Bei dem „Printgipfel“ anlässlich der Münchner Medientage hörte man von Konkurrenzverlegern, die Redakteure sollten sich doch endlich einmal mit den Begriffen „Wachstum“ und „Erlös“ auseinandersetzen und „15 beste Journalisten seien besser als 20 mittelmäßige.“ Welche Zynik!

Andererseits darf Finanzinvestition im Medienbereich in Deutschland nicht verteufelt werden, denn deutsche Verlage investieren massiv in allen europäischen Märkten. Nur – hier handelt es sich um die bisher größte ausländische Finanzinvestition aller Zeiten.

Ich denke, hier ist die Politik gefordert, den Herren Investoren auf die Finger zu schauen.

Sollte Gewinnmaximierung oder sogar Personalabbau auf Kosten der redaktionellen Qualität gehen, wird hier mit liberalem Credo für die Pressefreiheit zu intervenieren sein.

Antje Karin Pieper (OV Tiergarten), Medienrätin Berlin-Brandenburg



Aus dem Abgeordnetenhaus

Senat contra Mittelstand

von *Volker Thiel*

Nachdem der Regierende Bürgermeister und sein Wirtschafts-senator sich für den Wettbewerb einschränkenden neuen BVG-Tarifvertrag als Helden feiern ließen, folgt eine weitere mittelstandsfeindliche Entscheidung: Facilityausschreibung der Charité.



Der Vorstand der Charité beschloss, seine komplette Krankenhaustechnik und Infrastruktur mit einem Gesamtvolumen von 140 Mio. Euro künftig für fünf Jahre an ein Konsortium zu vergeben. Der Aufsichtsrat mit den Senatoren Flierl und Sarrazin stimmte zu. Bei den im Berliner Wirtschaftsraum ansässigen kleineren Facilityanbietern regte sich Widerspruch gegen das Verfahren: eine derartig umfangreiche Ausschreibung hat es noch nie in Deutschland gegeben und die Zeit zur Angebotsabgabe ist zu kurz um ein wettbewerbsfähiges Konsortium zu organisieren. IHK und ZdH so wie zahlreiche Innungen unterstützen den Protest und verlangen eine mittelstandsfreundliche Neuausschreibung in kleineren Teillosten.

Dieser Forderung schloss sich die Fraktion der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus an und brachte sie auf die Tagesordnung im Wirtschaftsausschuss. Verständnis gab es über Fraktionsgrenzen hinweg, ein gemeinsamer Beschluss kam nicht zustande. Vorstand und Aufsichtsrat der Charité zeigten sich von all dem unbeeindruckt. Hatten sie doch mit ausgeschrieben, dass die Bewerber bereit sein müssen unter Mehrheitsbeteiligung der Charité eine neue Facility-Tochterfirma zu gründen, die bis zu 2000 Charité Mitarbeiter zu übernehmen hat.

Wirtschaftssenator Wolf teilt zwar die Bedenken der Mittelständler verbal, aktiv traut er sich nicht, in den Prozess einzugreifen. Ein Senatskonflikt wäre vorprogrammiert: Wolf gegen eine Phalanx aus Sarrazin im Schlepptau mit den profilschwachen Flierl und dem im Hintergrund schweigenden Regierenden Bürgermeister. Bleibt als letzte Hoffnung die von der Handwerkskammer eingereichte Klage gegen das Vergabeverfahren. Wieder einmal hängt es an der Justiz, politische Fehlentscheidungen zu korrigieren, nur weil Politiker sich vom ordnungspolitischen Unverstand treiben lassen.

Volker Thiel MdB (BV Treptow-Köpenick) ist wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im AGH

Aus der Landespartei

Vor dem Landesparteitag

von *Maren Jasper*



In seiner Sitzung am 01.11.2005 hat der Landesvorstand in erster Linie den am 13.11.05 anstehenden Landesparteitag vorbereitet. Nach einem Bericht des Justitiars der Landespartei, Dr. Torsten Fett, in dem er eine rechtlichen Würdigung der gestellten Satzungsänderungsanträge vornahm und zu dem Schluss kam, dass diese rechtlich unbedenklich seien, kümmerte sich der Landesvorstand zunächst um organisatorische Angelegenheiten, wie z.B. die Besetzung des Präsidiums.

Neben der mit Spannung erwarteten Frage der Landes- oder Bezirksliste wird der Parteitag sich inhaltlich schwerpunktmäßig mit der Gesundheitspolitik beschäftigen. Peter Schlaudt, gesundheitspolitischer Sprecher und Landesvorstandsmitglied, stellte hierzu einen Leitantrag vor, der mit wenigen Ergänzungen vom Landesvorstand übernommen wurde.

Auch zum Themenkomplex „Umweltschutz“ wird es mehrere Anträge geben, die der Fachausschuss stellen wird. Aufgrund der vor einigen Wochen diskutierten Jamaika-Koalition hatten sich namhafte Politiker der FDP, Martin Lindner, Markus Löning und Guido Westerwelle zur Positionierung der FDP in bezug auf Umweltschutz geäußert. Diese angestoßene Diskussion soll inhaltlich auf dem Parteitag weitergeführt werden.

Des weiteren hat der Landesvorstand die Frage der Landesliste bzw. Bezirksliste zur Aufstellung der Kandidaten für die Abgeordnetenhauswahl 2006 diskutiert. Der Landesvorstand hat sich per Beschluss mit klarer Mehrheit für die Landesliste ausgesprochen. In der Diskussion kam aber auch zum Ausdruck, dass die Bedenken der kleineren Bezirke, auf einer Landesliste vielleicht nicht entsprechende Berücksichtigung ernst genommen würden und auch im Falle einer Landesliste dies berücksichtigt würden. Andererseits sei es aber auch für die Bezirke gerade im Ostteil der Stadt, eine Chance auf der Landesliste vertreten zu sein, da im Falle der Bezirkslisten bei schlechtem Wahlausgang und wenig Prozenten diese sonst überhaupt nicht im Abgeordnetenhaus vertreten sein könnten.

Maren Jasper (OV Oranienburger Tor) ist Mitglied im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

FDP für die Kultur in Mitte

Piotr Pawlowski von der BVV-Fraktion

Die berühmt-berüchtigte Baustadträtin der Grünen Dorothee Dubrau hat zwar den Schluss ihrer politischen Karriere angekündigt, aber das Schlachtfeld noch nicht geräumt. So musste die FDP-Fraktion wieder ins Feld ziehen, um ein weiteres Lieblingsprojekt der Grünen zu torpedieren: den Umbau des Monbijou-Parks. Während Dubrau und die Grünen neben der zur Zeit entstehenden Brücke gegenüber dem Bodemuseum eine leblos zugepflasterte Terrasse gebaut haben möchten, haben sich die Liberalen für den Umbau nach den Plänen der Betreiber von Hexenkesseltheater und Strandbar entschieden. Es soll ein emporenartiger Bau entstehen, der von Besuchern benutzt werden kann; nur so können Theater und Strandbar gesichert werden. Das Bezirksamt hatte aber alle Vorbereitungen zum Bau der Terrasse bereits eingeleitet. Diese mussten deshalb gestoppt werden. Ein entsprechender Antrag wurde von FDP und PDS in die BVV eingebracht und im Ausschuss für Stadtentwicklung mit Stimmen der FDP, PDS und CDU beschlossen. Auf diese Weise werden auch die Möglichkeiten des Hexenkesseltheaters weiter ausgebaut, so dass dieses sich zu einer dauerhaften kulturellen Institution entwickeln kann.

Schulstation Gotzkowsky- Schule erhalten

Die Fraktion der FDP hat die Pläne des Jugendamtes, die Schulstation „Sternschnuppe“ an der Gotzkowsky-Grundschule zu schließen, durchkreuzt. Zwar sollte die Zahl der Schulstationen in Berlin-Mitte von 5 auf 6 erhöht werden, was zu begrüßen ist, aber die Schließung einer Station, die erst vor zwei Jahren eröffnet wurde und erfolgreiche Arbeit geleistet hat, hält die FDP für unverantwortlich. Für fragwürdig halten wir auch das gesamte Bewertungsverfahren, in dem nicht die Leistung der Schulstationen, sondern die der Schulen als Grundlage für die Entscheidung über Fortbestehen oder Schließung von Stationen genommen wird. Auf Druck der FDP wird das Evaluationsverfahren nun neu eröffnet. Zusätzlich wurde eine Sonderarbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses ins Leben gerufen, in der auch die FDP vertreten ist, die das Verfahren überprüfen soll. Schulstationen leisten eine sehr wichtige sozialpädagogische Arbeit und sind im Bereich der Konfliktprävention unter Jugendlichen unabdingbar. In Zukunft wird die Fraktion der FDP nach Möglichkeiten suchen, weitere Schulstationen in Berlin-Mitte zu errichten.

Tourismus in Berlin

von Julien Jordan von Reitzenstein

Tourismus – wachsender Wirtschaftsmotor für Berlin mit Verbesserungsbedarf. Das war das Fazit von Dr. Martin Buck, Vice-President der Messe Berlin GmbH. Der Direktor der weltgrößten Tourismusleitmesse, der ITB, referierte bei der ersten Sitzung unseres Gesprächskreises Tourismus und Ferienimmobilien über Chancen und Risiken von Berlins Tourismusentwicklung im internationalen Vergleich.

Berlins Flughäfen seien, so Buck, im internationalen Vergleich nicht auf der Höhe der Zeit; etwa fehlen Tegel S- und U-Bahnanschlüsse. Als vorbildliches Konzept stellt er London vor. Hier gibt es außerhalb liegende Flughäfen, deren Carrier günstige Preise anbieten; die teuersten und dennoch stets ausgebuchten Flüge landen am City-Airport Docklands, der attraktiv kurze Wege in die City und rasche Eincheckzeiten bietet. Ähnlich sei es in Tempelhof. Wo aber andere erfolgreich Höchstpreise durchsetzten, schließe Berlin die Nische. Buck regte die separate Privatisierung der Berliner Flughäfen an.

Die Berliner Hotelsituation sei trotz steigender Übernachtungszahlen schwierig. Im vier- und fünf-Sterne-Segment hat Berlin mehr Betten als Manhattan, und um diese auszulasten, müssten 30% mehr Touristen kommen. Dass der durchschnittliche Fünf-Sterne-Hotelpreis niedrig wie nirgends bei 135 € liegt, sei schön für Touristen; auch kleine Hotels aber gerieten unter Druck.

Der Vortrag und die Diskussion ergaben, dass in Berlin politischer Handlungsbedarf in der Tourismuspolitik besteht. Die Haltung der Berliner FDP, so der Referent, gehe jedoch zumeist in die richtige Richtung.

Auf der Straße präsent sein

Stefan Scholz vom OV Friedrichstadt

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Daran erinnerte der OV Friedrichstadt auf seiner letzten Mitgliederversammlung. Nach kritischer Würdigung des gerade absolvierten Wahlkampfes diskutierten die Liberalen vom Gendarmenmarkt Ideen zur Berlinwahl 2006. Thomas Waterstradt: „Wir müssen auch jetzt auf der Straße präsent sein und für die FDP werben.“ Das engagierte Vorstandsmitglied, das gleich nach dem Wahlvotum des Bundespräsidenten Flugblätter verteilte, plant bereits die nächsten Außenaktionen – und alle (Partei-)Freunde sind herzlich zum Mitmachen aufgerufen.

Wahlnachlese in OT

Jan Valentin Deichsel vom OV OT

Am 25. Oktober hatte der OT-Vorstand zur Mitgliederversammlung ins Cum Laude geladen, um den Wahlausgang vom 18. September statistisch und politisch Revue passieren zu lassen. Wolf-Dieter Hasenclever, OT, präsentierte den rund 40 Mitgliedern und Gästen eine vielschichtige Analyse des FDP- Ergebnisses, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter, Haushalt, Bildung etc. Deutlich wurde hier insbesondere eine Stärke der FDP bei den Jungwählern. Der Blick war aber nicht nur auf die vergangene Wahl gerichtet. Um auch in Zukunft weiteres Wählerpotential erschließen zu können, müsse die FDP die Themen-Vorherrschaft erringen, so Hasenclever abschließend. Das Abschneiden der FDP und zukünftige Strategien für kommende Wahlen wurden im Anschluss an die Präsentation lebhaft zwischen den Teilnehmern und Hasenclever debattiert.

Der Abschluss des Abends war schließlich dem politischen Alltag auf Landesebene gewidmet – das Für- und Wider von Landes- und Bezirksliste wurde diskutiert.

Liberal (De-) Zentral ?

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

„Liberal (De-)Zentral? oder die Zukunft der Berliner Verwaltung“ lautete das Thema beim Oktober-Brunch des OV Tiergarten. Anlass war die Präsentation des bei Prof. Hesse in Auftrag gegebenen Gutachtens durch die Abgeordnetenhausfraktion. Gleich drei Abgeordnete – Christoph Meyer, Alexander Ritzmann, Mieke Senftleben – kamen, um den interessierten Zuhörern Rede und Antwort zu stehen.

Auftragskriterien waren, notwendige Einsparpotentiale aufzuzeigen und eine wirksame Mittelverwendung sowie eine ausreichende Bürgerbeteiligung zu gewährleisten. Dazu stellt Hesse zunächst den Status Quo dar und untersucht anschließend drei Lösungsmöglichkeiten. Diese sind: Verbesserung des Status Quo, Dezentralisierung und schließlich Zentralisierung der Aufgaben, der er den Vorzug gibt. Diese Lösung machte die Bezirke überflüssig. Bei der äußerst kontrovers und emotional, aber auch erfreulich fair geführten Diskussion ging es dann um liberale Grundsatzfragen wie Garantie von Subsidiarität und Bürgerbeteiligung, aber auch um klare Kompetenzverteilung und Verlässlichkeit von Verwaltungsentscheidungen. Auf die folgenden Diskussionen darf man gespannt sein.

Berliner Haushalt

Violetta Hartmann für den OV Wilhelmstadt

Zur Information und Diskussion über den aktuellen Entwurf des Senates zum Berliner Haushalt hatte der OV Wilhelmstadt am 12. Oktober ins Abgeordnetenhaus geladen, und die Mitglieder und Gäste durften mit Christoph Meyer und Sibylle Meister zwei hervorragend informierte liberale Abgeordnete erleben. Schwerpunkt der Diskussion waren erstens Sorge um die finanzielle Zukunft der Stadt, zweitens Kritik daran, dass die erheblichen Zuwendungen an Religionsgemeinschaften der Trennung von Kirche und Staat widersprüchen und drittens die grassierende Verschwendung in landeseigenen Betrieben, wozu auch ein Gast sehr unterhaltsam aus dem Nähkästchen plauderte. Beim einen oder anderen Gläschen im „Alten Europa“ wurde der liberale Abend dann noch erfrischend lang.

Bauprojekt Chausseestraße

Natja Denk vom OV Wedding

Auf Einladung der Ortsverbände Wedding und OT waren am 13.10. rund vierzig Parteifreunde und Gäste ins Abgeordnetenhaus gekommen, um sich aus erster Hand über den geplanten BND-Neubau informieren zu lassen. Gleich vorweg: Es stellte nicht Jan Kleihues persönlich vor, da er kurzfristig zu einer Geschäftsreise aufbrechen musste. Aber es kam beinahe noch besser, da mit Götz Kern der Projektleiter von Kleihues + Kleihues für den Wettbewerb einsprang und dem Publikum unter anderem erklärte, dass Politiker, speziell Zeitung lesende, im Zweifel besser als die Projektleitung wissen, wie hoch die Kosten sein werden.

Sie lernten dabei die enormen Ausmaße – 280.000 m² mit 5000 Büroeinheiten in einem Hauptblock und zwei Seitengebäuden sowie zwei Torhäusern – einzuschätzen, bewunderten die Architekten dafür, das Gebäude trotz bombensicherer Konstruktion noch natürlich zu beleuchten und belüften, staunten, dass die Mehrzahl der Mitarbeiter die Zentrale mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen werden, da es wegen des Grundwasserspiegels keine Unterkellerung, also keine Tiefgaragen geben wird, und fügten ihrem Wortschatz einen schönen Terminus hinzu: Fassadenfamilie! Summa summarum ein so toller Vortrag, dass das Büro Kleihues mit den besten Wünschen der Teilnehmer für ein gutes Gelingen für die nächsten Projektphasen von dannen zog.

Personalien

(au) „Im aktiven Ruhestand“ sieht sich **Erwin Loßmann** (Wedding, Foto), jüngst hat er eine neue berufliche Aufgabe übernommen – und deshalb aus Zeitgründen sein Amt als Beisitzer im Bezirksvorstand Mitte zur Verfügung gestellt. Der Bezirksausschuss am 08.12. wird über Nachfolgerin oder Nachfolger zu befinden haben; mit viel Freude nimmt man allseits zur Kenntnis, dass die Stellv Ortsvorsitzende des Wedding, **Natja Denk**, bereit wäre, der liberalen Sache an dieser Stelle zu dienen. Loßmann bleibt der politischen Arbeit als Schatzmeister seines Ortsverbandes erhalten. Nicht dem Abbau von Ämterhäufung, der Verlagerung des Schwerpunkts der beruflichen Tätigkeit nach Frankreich ist der Rücktritt von **Jeanette Uhlmann** als Beisitzerin im Vorstand des OV Wilhelmstadt geschuldet. Voraussichtlich am 01.12. wird eine Mitgliederversammlung entscheiden, wer das verwaiste Amt künftig innehaben soll; Interesse wurde von verschiedener Seite bekundet, insbesondere zwei Parteifreundinnen und ein Parteifreund sind im Gespräch.



(au) Im Oktober konnte unser Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB den Bezirksverordneten in der BVV Pankow, **André Spannemann**, in der Berliner FDP begrüßen. Löning: „Herr Spannemann hat vor längerer Zeit die CDU verlassen und sich nun für die bürgerliche Alternative in Berlin entschieden. Ich freue mich, dass wir mit dieser Entscheidung in der dritten BVV im Osten Berlins – Mitte, Marzahn-Hellersdorf, Pankow – Fraktionsstatus erreicht haben.“

(au) Den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft sucht die „Arbeitsgemeinschaft Migration“ des OV Schöneberg. Die drei Korrdinatoren **Gönül Glowinski**, **Cumhur Atam** und **Irfan Taskiran** sprechen, vorbildlich unterstützt durch den Ortsvorsitzenden **Mirco Dragowski**, Migranten und ihre Vereine an, um diesen die Liberalen nahe zu bringen. Jüngst haben die Schöneberger den wohl ersten FDP-Flyer mit Glückwünschen zum Ende der islamischen Ramadanzeit herausgebracht.

(au) Höchst gelungen die Party anlässlich des JuLi-Bundeskongresses in der „Narwa Lounge“. Noch spät in der Nacht waren **Peter Altmiks**, **Melanie Werner**, **Nils Augustin**, **Maren Jasper** und **Julien Jordan von Reitzenstein** (alle OT) aktiv, auch etwa **Marco Buschmann** und **Joachim Stamp** (NRW), **Peggy Bellmann** (Sachsen) oder **Juliane Puls** zeigten viel Partylaune.

(au) Das Hesse-Gutachten der FDP-Fraktion im AGH zur Zentralisierung der Berliner Verwaltung schlägt weiter Wellen. Im Landesausschuss der Berliner FDP eröffnete der Fraktionsvorsitzende **Martin Lindner** das Feuer auf die von ihm als Führer der ‚Dezentralisierer‘ ausgemachten BVV-Fraktionsvorsitzenden – neben Lindners Bezirkskollegen **Kay Ehrhardt** (Steglitz-Zehlendorf) traf es diesmal insbesondere unseren Bezirksvorsitzenden **Henner Schmidt**, der jüngst auch Aktivitäten der BVV-Chefs koordiniert hat. Schmidt reagierte cool, verwies darauf, dass selbst die AGH-Fraktion noch keine Meinung beschlossen habe und warnte Lindner in einem rhetorisch unterhaltsamen Dialog vor einem „Kirchhof-Effekt“ des Gutachters.

(kvm) Der Diskussionsfreudigkeit in der von dem Landesverband eingesetzten „Arbeitsgemeinschaft Öffentliche Verwaltung im 21. Jahrhundert“ (AGÖV, s.S.6) tat jüngst auch die Terminkollision mit dem Landesausschuss keinen Abbruch, im Gegenteil. Unter Moderation von **Roland Zielke** (Temelhof-Schöneberg) widmeten sich **Kay Ehrhardt**, **Florian Block** (Charlottenburg-Wilmersdorf), **Ingo Schaub** (Spandau) und **Katja von Maur** (Tiergarten) der Auslegung der Kriterien für eine Verwaltungsreform. Was genau unter ‚bürgernaher‘ Verwaltung und ‚Bürgerbeteiligung‘ zu verstehen ist erhitzte die Gemüter besonders. Ist bürgernah ‚ortsnah‘ oder bedeutet es eher, ‚schnelle und verständliche Entscheidungen der Verwaltung zu erhalten? Das Wesen der Gewaltenteilung und die resultierende Aufgabe der Verwaltung wurden schließlich einvernehmlich geklärt. Im Raume blieb die Frage, ob es nicht eine wünschenswerte Bürgerbeteiligung sei, wenn sich der Bürger an seinen Abgeordneten wende, um zu einer Entscheidung zu kommen, die sonst nicht oder nicht schnell genug getroffen werden würde.

(au) Nicht jeder kann von sich sagen, die USA bezwungen zu haben; Medienrätin **Antje-Karin Pieper** (Tiergarten) könnte jetzt so weit gehen. In den Verhandlungen um eine Resolution der UNSESCO zur kulturellen Vielfalt gelang es Piepers ‚Berliner Initiativkreis Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk‘, über die deutsche UNSECO-Kommission und deren Vizepräsidentin **Verena Metze-Mangold** die Begriffe „Medien“ und „öffentlichrechtlicher Rundfunk“ im Text der ‚UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt‘ zu verankern, als diese am 21.10. von 148 Staaten gegen die Stimmen der USA und Israels verabschiedet wurde. Noch im letzten Vorentwurf hatten die Amerikaner die Streichung dieser Worte durchgesetzt.

Leserbriefe

Bernd Brunner

Sehr geehrter Herr Pawlowski, wir – Kollegium, Leitung, Eltern und Kinder der Gotzkowsky-Grundschule, der Moabiter Ratschlag e.V. und das Team der Schulstation „Sternschnuppe“ – möchten uns für Ihr großes Engagement in Sachen Erhalt der Schulstation „Sternschnuppe“ herzlich bedanken. Diskussion und Abstimmung der BVV am 24.10. war spannend wie ein Krimi und wird mir sicherlich als besonderer demokratischer Akt in sehr guter Erinnerung bleiben.

Wolf-Dieter Hasenclever (OV OT)

In der Vergangenheit hat sich die Methode der Listenaufstellung durch die Bezirksausschüsse nicht bewährt. Der Schwund unserer derzeitigen Abgeordnetenhausfraktion um 20% der Mitglieder ist bundesweiter Negativ-Rekord. Es geht jetzt darum, Kandidaten auszuwählen, die die FDP Berlin gegenüber der ganzen Bevölkerung optimal repräsentieren. Dazu braucht es möglichst nicht nur einen oder zwei Spitzenkandidaten, sondern ein Kompetenzteam.

Eine Landeswahlversammlung mit ca. 400 Mitgliedern sollte in der Lage sein, nach sachlichem Eindruck und politischem Einfühlungsvermögen gute Kandidatenentscheidungen für ganz Berlin zu treffen. Für die Kandidatenaufstellung durch die Bezirksmitgliederversammlungen spricht jedoch die Stärkung der Basisbindung der Kandidaten. In den meisten Landesverbänden gibt es Kreis- bzw. Bezirksvorschläge, aus denen die Landesliste zusammengestellt wird. Vielleicht könnte dies mittelfristig auch für Berlin ein gutes Modell sein.

Gisela Kleemann (OV OT)

An den Vorstand des Ortsverbandes Oranienburger Tor (leider bislang ohne Reaktion) und seine Mitglieder – Bezug nehmend auf die letzte Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung des OV OT vom 25.10. im Cum Laude möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich über das übermäßig aggressive und unliberale Auftreten des Vorsitzenden Platzer und seines Zweiten. Stellvertreters Abrell bestürzt und befremdet bin. Ich verspüre wenig Lust, Einladungen des Ortsverbandes OT weiter zu folgen, solange sich die Umgangsformen nicht ändern. Wir sollten uns alle bewusst sein, dass wir gemeinsam erfolgreiche Parteiarbeit leisten möchten.

Christian Schulz

Sehr geehrter Herr Schmidt, sehr geehrter Herr Pawlowski, so sehr die Sitzung der BVV Mitte am 24.10. gestresst hat, so sehr hat sie unser Team von Strandbar und Hexenkessel-Theater auch beeindruckt. Vielen Dank für Ihr Engagement – vor allem dafür, wie fix das jetzt alles wieder in eine Spur gekommen ist. Respekt!

Peter Lundkowski (OV Wedding)

Mir ist unverständlich, dass in der Schlussphase des Bundestags-Wahlkampfes Herr Bürgermeister Zeller (CDU) für eine Woche eine Partnerschaftsreise nach Peking durchführte. Leider war bei dieser Reise auch unsere Bezirksverordnete Violetta Hartmann dabei, die so für den Wahlkampf und erneut für ihre Arbeit im BVV-Ausschuss Schule, welchen sie leiten soll, ausfiel. Hier muss in Zukunft besser geplant werden, u.U. muss man auch mal auf eine „angenehme“ BVV-Arbeit verzichten.

Liberales Unternehmen in Mitte: **Thomas C. Menzel** (OV Oranienburger Tor)



Thomas C. Menzel, im März 1969 in Berlin-Charlottenburg geboren, arbeitet freiberuflich als Konfliktmanagementberater in Unternehmen. Er führt Menschen aus kommunikativen Sackgassen und vermittelt bei allen internen Unternehmenskonflikten, speziell in der Unternehmensnachfolge, bei Unternehmenszusammenschlüssen oder Umstrukturierungen. Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre ist er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Dresden tätig; zuletzt deutschlandweit unterwegs als Consultant der Accenture GmbH mit den Schwerpunkten Projektmanagement und Human Performance. Thomas C. Menzel ist zertifizierter Wirtschaftsmediator, als er sich im Februar 2004 selbständig macht (www.menzel-mediation.de). Durch das Elternhaus liberal geprägt und seit Anfang der 90er Jahre mit wertvollen Erfahrungen als Seminarassistent der FNSt ausgestattet, kann er sich erst im Februar 2005 mit seinem Umzug von Schöneberg nach Mitte entschließen in die FDP einzutreten. Warum? Darüber spricht er gerne bei einer Partie Go oder bei einem Glas Rotwein am Weinberg an der Zionskirche.

Termine

November 2005

- 08.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 09.11 19.30h BV Mitte: **Offene Delegiertenbesprechung zum Landesparteitag** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 13.11 10.00h LV Berlin: **Außerordentlicher Landesparteitag** im Hotel Berlin (Lützowplatz 17), Informationen unter www.fdp-berlin.de
- 14.11 19.00h BVV-Fraktion Mitte: **Fraktionssitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3)
- 14.11 20.00h BV Mitte: **Gesprächskreis Tourismus (II)** – Thema: Berliner Tourismusmagneten – mit Sibylle Meister u.a. – im Honigmond (Borsigstr. 28)
- 17.11 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 22.11 19.30h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** – Thema: Stadtplanerische Aspekte in Mitte, „Planwerk Innenstadt“ – mit Prof. Harald Bodenschatz und Klaus Müller – im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 22.11 19.30h OV Wedding: **Vorstand** im Gaagan (Seestr. 101)
- 26.11 10.00h BV Mitte: **Vortrag GK Tourismus** – Thema „Wirtschaftskonzern SS“ – im Walhalla (Krefelder Str. 6) ---- 12.00h OV OT & BV Mitte: **Exkursion** zu dem KZ Oranienburg, Info und Anmeldung von.reitzenstein@ideenkontor.com
- 27.11 10.00h OV Wilhelmstadt: **1. Adventsbrunch** im Restaurant Die Eins (Wilhelmstr. 67A)
- 27.11 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** – mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.11 18.00h FNSt: **Veranstaltung** zum Thema „Gentests - Auf dem Weg zum Jahrmarkt der Gene?“ – Landesvertr. Rheinland-Pfalz (In den Ministergärten 6) – www.fnst.org

Dezember 2005

- 01.12 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** – voraussichtlich mit Nachwahl Beisitzerin/Beisitzer zum Ortsvorstand u.a. – im La Parella (Albrechtstr.)
- 06.12 19.00h OV OT: **Vorweihnachtlicher Abend** – Gast: Martin Lindner – in der Galerie Denninger (Torstr. 154)
- 07.12 19.00h JuLis Mitte: **„After Nikolaus“, Mitgliedertreff mit Glühwein** – Gastgeber: Steffen Warmbold – Infos auf www.julis-mitte.de
- 08.12 19.45h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – mit Nachwahl eines Beisitzers oder einer Beisitzerin zum Bezirksvorstand und Diskussion „Verwaltungsreform Zentralisierung/Dezentralisierung“ mit Martin Lindner – im Rathaus Tiergarten (Turmstr.), BVV-Saal
- 12.12 19.00h BVV-Fraktion Mitte: **Fraktionssitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3)
- 12.12 20.00h BV Mitte: **Gesprächskreis Tourismus (III)** – Thema: Gesundheitstourismus – im Honigmond (Borsigstr. 28)
- 13.12 19.30h OV Friedrichstadt: **Weihnachtsessen** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 13.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 15.12 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.